



## Niederschrift

### 5. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 21.04.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:35 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Asylbewerberheim Potsdam

---

#### Anwesend sind:

Frau Dr. Herzel, Gabriele	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Busch, Jutta	SPD	
Frau Judacz, Heike	SPD	
Frau Dencker, Maike	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Besancon, Ronny	DIE LINKE	anwesend ab 18:10 Uhr
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Karl, Björn	FDP/FP	
Herr Nickel, Michael	CDU/ANW	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

#### Nicht anwesend sind:

Frau von Halem, Marie Luise	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	entschuldigt
Frau Basekow, Angela	SPD	entschuldigt
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Löbel, Janina	SPD	nicht anwesend
Frau Simon, Ulrike	Die Andere	nicht anwesend

#### Gäste:

Frau Kindelberger, Hala	Migrantenbeirat
Herr Bewer, Eberhard	Behindertenbeirat
Frau Grasnack, Magdolna	Ausländerbeauftragte
Herr Häschel, Karsten	Behindertenbeauftragter
Frau Scheuerer, Sabina	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Ernst, Andreas	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Böttche, Hans-Joachim	Bereich Wohnen
Herr Kankarowitsch, Marcel	GF Diakonisches Werk
Frau Wahl, Christiane	Leiterin Asylbewerberheim
Frau Lademann, Hortense	Aids-Hilfe Potsdam
Herr Eiser, Martin	Aids-Hilfe Potsdam
Herr Bock, Carsten	Katte e.V.
Frau Spyra, Martina	Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2009
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Umzug Asylbewerberheim
- 4 Wiedervorlagen
- 4.1 Förderung Aids-Hilfe Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/1120  
Fraktion DIE LINKE
- 4.2 Unabhängige Mieterbeschwerdestelle  
Vorlage: 09/SVV/0138  
Fraktion DIE LINKE
- 4.3 Soziologische Befragung zum Wohnen  
Vorlage: 09/SVV/0139  
Fraktion DIE LINKE
- 5 Nutzungsgebühr für das Potsdamer Frauenhaus  
Vorlage: 09/SVV/0142  
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 6 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2009**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Schulze.

Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Schulze gibt bekannt, dass die Drucksache 09/SVV/0142 „Nutzungsgebühr für das Potsdamer Frauenhaus“ (Tagesordnungspunkt 4.4) durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmhaltung: 0

*Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.*

## **Bestätigung des Protokolls vom 17.03.2009**

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

### **zu 2 Informationen der Verwaltung**

Frau Grasnick informiert, dass am 18.06.2009 in Zusammenarbeit mit der Bertelsmannstiftung ein Integrationsworkshop stattfinden wird. Alle Fraktionen werden eine Einladung erhalten.

### **zu 3 Umzug Asylbewerberheim**

Herr Kankarowitsch berichtet, dass in der Zeit vom 20.04.2009 bis 24.04.2009 der Umzug aus dem Lerchensteig in die neue Unterkunft erfolgt.

Er macht darauf aufmerksam, dass das Außengelände noch gestaltet wird. Bisher konnte hiermit lediglich begonnen werden.

Frau Wahl (Leiterein der Einrichtung) informiert, dass der Umzug bis 24.04.2009 abgeschlossen sein soll. Ab dann erfolgt der Beginn der Arbeit in „normalen“ Bahnen.

Sie informiert, dass die Familien mit Kindern bereits umgezogen sind.

Frau E. Müller stellt klar, dass die korrekte Anschrift für das Asylbewerberheim An der Alten Zauche 2 B lautet. Die Verwaltung hat zwischenzeitlich festgestellt, dass die im Kaufvertrag aufgeführte Anschrift Nuthetal 2 nicht richtig ist und hat dies korrigiert.

Sie weist auf die als Tischvorlage ausgereicht Liste bezüglich des „Begleitszenarios“ zum Umzug sowie der Integration hin.

Sie erläutert die einzelnen Aktivitäten und macht deutlich, dass der Prozess und das zu erarbeitende Konzept durch die Träger und Akteure vor Ort begleitet und durchgeführt werden soll.

Frau Dr. Herzel findet, dass der Umzug aus ihrer Sicht sehr vorzeitig durchgeführt wird. Ihrer Ansicht nach sind die Vorbereitungen für den Umzug nicht ausreichend abgeschlossen. Der Umzug sollte schrittweise durchgeführt werden.

Herr Ernst erklärt, dass laut Vertrag die früheste Umzugsfrist ab dem 01.04. 09 bis spätestens 01.07.09 erfolgen sollte. Er weist auf den Beschluss des Hauptausschusses vom 25.02.2009 dazu hin.

Bezüglich des Umzuges führt er aus, dass der Umzug schrittweise in dieser Woche erfolgt.

Er weist auf einen Schreibfehler in der ausgereichten Tischvorlage hin. Der Umzug erfolgt bis zum 24.04.2009, nicht wie ausgeführt, bis zum 24.05.2009.

Herr Ernst berichtet, dass es in der 15. Kalenderwoche ein Gespräch mit Herrn Kankarowitsch und Frau Basekow an seinem Tisch gegeben habe. In diesem Gespräch wurde von beiden Seiten bestätigt, dass es entgegen den Verlautbarungen der Presse keine Kommunikationsprobleme zwischen beiden Trägern gegeben habe.

Frau Kindelberger bittet darum, dass zur Arbeitsgruppe am 05.05.2009 auch Vertreter des Integrationsgartens eingeladen werden sollen.

Frau E. Müller erklärt, dass die Arbeitsgruppen je nach Thema und Problem erweitert werden sollen.

Sie macht auch deutlich, dass die Mittel für die Integration in den Stadtteil und die Nachbarschaft, auf die einzelnen Projekte verteilt werden sollen.

Frau Dencker fragt, welche Planungen es für die Räume gibt, in denen derzeit die Ausschusssitzung stattfindet und der Personalbesetzung des Asylbewerberheimmes.

Sie fragt nach der Stimmung und der Reaktion der Bewohner beim Umzug..

Herr Kankarowitsch erklärt, dass diese Räume für die Gemeinschaftsnutzung vorgesehen sind, wie z. B. Feste und Feiern oder Kurse. Auch ein Internetcafe wird eingerichtet.

Des Weiteren gibt eine WC-Anlage und einen Waschmaschinenraum.

Frau Wahl informiert, dass sich der größte Teil der Bewohner bisher zufrieden geäußert habe. Es gibt aber auch Bewohner, die mit der jetzigen Wohnsituation nicht so zufrieden sind, weil sie sich z.B. eine Wunschunterkunft ausgesucht haben und diesem Wunsch möglicherweise nicht entsprochen wurde.

Im Asylbewerberheim sind zwei Diplom-Sozialarbeiter, ein Hausmeister und eine Leiterin beschäftigt.

Frau Schulze hat aus der Zeitung erfahren, dass der Vertrag mit der AWO zum 30.04.2009 gekündigt ist. Sie fragt, wann dies mit der AWO kommuniziert wurde und welche Gründe für die vorzeitige Aufhebung des Vertrages vorlagen.

Sie bittet um Information, wann der Entwurf des Stadtteilkonzeptes vorgelegt werden soll, durch wen dieses federführend bearbeitet wird und welche finanziellen Mittel dafür notwendig sind.

Frau E. Müller berichtet, dass die Beendigung des Vertrages mit der AWO fristgemäß beraten wurde. Bei einer Beibehaltung des Vertrages bis Ende Juni hätte es zu Mehrkosten von ca. 140.000,- € für die Stadt geführt (Leerstand des neuen Asylbewerberheimmes).

Zum Stadtteilkonzept führt sie aus, dass der Entwurf eines bisher erarbeiteten Konzeptes durch Stadtkontor und Verwaltung mit den Trägern vor Ort kommuniziert werden muss, da diese maßgeblich einzubeziehen sind. Auf dieser Basis soll das Konzept für den Stadtteil erarbeitet werden. Hierzu soll es eine Verständigung in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses geben.

Sie macht auch deutlich, dass die Thementische nicht auf Wunsch der Verwaltung, sondern auf Initiative der Träger vor Ort durchgeführt werden. Der nächste Thementisch findet am 05.05.2009 zum Thema „Vereinzelung/Isolation bzw. Wege in die Beteiligung“ im Bürgerhaus am Schlaatz statt.

Ein weiterer Thementisch ist für den 15.07.2009 geplant. Hier wurde von Seiten des Hauptausschusses gebeten, diesen Termin ggf. vorzuverlegen, da dann bereits Sommerferien sind.

Frau Schulze fragt, ob auch noch Bürgerversammlungen durchgeführt werden. Grund der Anfrage ist ein Schreiben von Herrn Fiedler an den Oberbürgermeister vom 17.4.2009.

Frau Busch weist darauf hin, dass Herr Fiedler dieses Schreiben nicht als Vorstand des Babelsberger Mietervereins (Briefkopf), sondern als Vertreter der Bür-

gerinitiative am Schlaatz verfasst hat.

Frau E. Müller erklärt, dass bei Bedarf auch weitere Bürgerversammlungen durchgeführt werden sollen. Dies wird von der Bedürfnislage der Bevölkerung des Stadtteiles abhängig gemacht.

Herr Bewer fragt, ob die Herstellung der völligen Barrierefreiheit im Haus, insbesondere zu den Gemeinschaftsräumen, sowie die Absenkung der Borsteinkante vor dem Haus geplant sind.

Herr Kankarowitsch sagt zu, die Barrierefreiheit herzustellen und dankt Herrn Bewer für die Hinweise.

Frau Busch weist darauf hin, dass Herr Hagenau für die Stadtpuren in der Arbeitsgruppe mitarbeitet. Sie bittet, auch die Vertreterin der PBG einzuladen.

Frau E. Müller sagt zu, die PBG auch weiterhin zu den Terminen einzuladen.

Herr Nickel bittet um Auskunft, wie die Finanzierung der beiden Asylbewerberheime erfolgt, da derzeit in beiden Heimen parallel Bewohner leben. Er fragt, ob ein Tag der offenen Tür geplant ist.

Herr Nickel spricht die geplanten Gemeinschaftsräume und das Außengelände an und gibt zu bedenken, dass diese für ca. 150 Bewohner viel zu klein sind und es hier insbesondere bei schlechteren Wetter Probleme geben könnte.

Er fragt, ob es einen Gebetsraum geben wird, ein Spielraum für die Kinder geplant ist und ob beabsichtigt ist, einen Heimrat zu etablieren, der die Interessen der Bewohner artikulieren kann.

Frau E. Müller erklärt, dass es für April 2009 eine Doppelzahlung für beide Träger gibt, da beide Einrichtungen betrieben werden müssen.

Zu den Bedenken von Herrn Nickel bezüglich der Gemeinschaftsräume merkt sie an, dass die Stadt ein großes Interesse daran hat, dass sich die Bewohner der Einrichtung in den Stadtteil integrieren. Dies ist ein oberes Ziel.

Herr Kankarowitsch erklärt, dass hier ein bereits vorhandener Baukörper so gut wie möglich hergerichtet wurde. Einen Gebetsraum gibt es bisher nicht. Die Etablierung eines Bewohnerrates wird angestrebt.

Er macht deutlich, dass es auch das Ziel des Trägers der Einrichtung ist, die Bewohner des Heimes so gut wie möglich im Stadtteil zu integrieren. Hier gibt es bereits Kontakte z.B. zum Bürgerhaus am Schlaatz sowie zu weiteren Einrichtungen.

Einen Tag der offenen Tür wird es voraussichtlich im Mai 2009 geben. Ein Termin steht aber noch nicht fest.

Frau Kindelberger fragt, wie viele Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden könnten.

Herr Kankarowitsch erklärt, dass ca. 40 Bewohner in Wohnungen ziehen könnten. Leider sind keine geeigneten Wohnungen vorhanden.

Frau Gasnick bittet den Träger, auch Möglichkeiten zu bieten, dass Interessierte in das Haus kommen dürfen.

Frau Dencker fragt, wie nachts die Betreuung der Bewohner gesichert wird. Sie fragt auch, ob z.B. auch offene Nachmittage geplant sind, um den Kontakt der



Frau Lademann reicht als Tischvorlage einen Überblick über die Zahlen der HIV/Aids-Fälle des Jahres 2008 im Land Brandenburg aus. Sie weist darauf hin, dass Schulprävention ca. zwei Drittel der Arbeit der Aids-Hilfe Potsdam ausmacht. Derzeit gibt es ca. 35 Klienten, von denen 12 -15 Personen aus Potsdam kommen. Sie macht auch deutlich, dass die Schulprävention nur an den Tagen erfolgen kann, an denen keine Sprechzeiten sind. Bis Jahresende 2009 ist eine befristete Anstellung eines Sozialarbeiters vorgenommen worden, um die zahlreichen Anfragen vor allem von Potsdamer Grundschulen auch zu bewältigen.

Herr Eiser berichtet, dass die meisten Schulanfragen aus der Stadt Potsdam kommen. Ebenso verhält es sich mit den Klienten. Diese kommen vorrangig aus Potsdam oder Potsdam-Mittelmark. Die Anfragen aus anderen Landkreisen sind eher gering. Nach seiner Einschätzung liegen die Schwerpunkte der Arbeit in Potsdam. Er macht auch auf die erforderlichen Vor- und Nachbereitungszeiten bei der Schulprävention aufmerksam.

Herr Bock (Katte e.V.) verweist auf den Aids-Schnelltest, und macht dabei deutlich, dass viele homosexuelle Männer nicht mit Frauen über ihre speziellen Probleme reden wollten. Daher habe der Verein sich entschlossen, diesen Schnelltest durchzuführen.

Frau Schulze erinnert daran, dass der Antragstext in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales geändert wurde. Sie weist darauf hin, dass der Haushalt bereits beschlossen ist und somit lediglich eine Umschichtung innerhalb des Haushaltes erfolgen kann.

Sie bringt folgende geänderte Fassung ein:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Personalkosten für die Aids-Hilfe Potsdam e. V. im Rahmen der Förderung der freien Träger und Selbsthilfegruppen um 6.000,- € zu erhöhen und im Haushalt 2009 bereit zu stellen. Für den Haushalt 2010 sind nach gemeinsamen Gesprächen zwischen dem Gesundheitsamt Potsdam, der Aids-Hilfe Potsdam e. V. und dem Katte e.V. ausreichende finanzielle Mittel für die Arbeit der beiden Vereine einzustellen. Grundlage der Gespräche sind die Sachberichte beide Vereine aus dem Jahr 2008. Der Stadtverordnetenversammlung Potsdam ist über das Ergebnis der Gespräche im September 2009 zu berichten.“*

Herr Nickel macht darauf aufmerksam, dass lediglich ein Drittel der Klienten Potsdamer sind. Hier sollten die Forderungen an die zuständigen Gebietskörperschaften aufgemacht werden.

Frau Schulze fragt, ob dies in der Praxis umsetzbar ist.

Frau Lademann erklärt, dass dies bereits versucht wurde, aber bisher nur Absagen erteilt wurden.

Herr Eiser ergänzt, dass ein großer Teil der Finanzierung der Aids-Hilfe durch das Land Brandenburg erfolgt.

Herr Fröhlich schlägt vor, für die Schulprävention an Schulen auch im Bildungs- und Jugendbereich nach finanziellen Mittel zu suchen.

Er spricht sich deutlich für die Arbeit der Aids-Hilfe Potsdam und von Katte e.V. aus. Beide Vereine sollten in Potsdam gleichberechtigt nebeneinander ihre präventive Arbeit umsetzen können.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass bei einem positiven Votum für die zusätzliche Ausreichung der 6.000 Euro, auch gesagt werden muss, an welcher Stelle diese Mittel gestrichen werden sollen.

Sie bietet an, die Aids-Hilfe zu unterstützen, die Mittel aus den Landkreisen einzufordern. Sie macht deutlich, dass die LHP diese Kosten nicht übernehmen kann.

Frau Dencker weist darauf hin, dass der Sachbericht 2008 der Aids-Hilfe Potsdam nicht vorliegt.

Frau Schulze erklärt, dass der Sachbericht 2008 nicht ausgereicht wurde, da dieser lediglich im Entwurf vorliegt und somit noch nicht abgestimmt ist.

Frau Dencker schlägt vor, dass die Schulprävention finanziell durch den Bereich Schule unterstützt wird.

Sie regt an zu prüfen, ob man möglicherweise bei mehreren Trägern kleinere Beträge kürzen könne, um auf die zusätzliche Summe für die Aids-Hilfe zu kommen.

Herr Eiser hält es für wichtig, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen.

Herr Bewer fragt, ob es eine Statistik gibt, aus der hervorgeht, dass sich Potsdamer in den Landkreisen beraten lassen. Gibt es diesbezüglich Forderungen aus den Landkreisen?

Herr Eiser erklärt, dass die Aids-Hilfe und Katte e.V. im Umland die Einzigen sind, die neben den Gesundheitsämtern die Aids-Schnelltests durchführen. Die Gesundheitsämter führen diese Tests anonym durch.

Frau Schulze bittet die Verwaltung, im Zuge der Haushaltsaufstellung zukünftig den Ausschuss für Gesundheit und Soziales bei der Verteilung der Mittel an die Träger frühzeitig zu beteiligen.

Frau Müller schlägt dem Katte e.V. vor, sich mit dem Fachbereichsleiter für Soziales, Gesundheit und Umwelt, Herrn Ernst, in Verbindung zu setzen, um eine Lösung herbeizuführen.

Sie bietet an, Gespräche mit beiden Trägern zu führen. In der Juni-Sitzung des Ausschusses soll darüber berichtet werden. Kurzfristige Unterstützung bietet sie Katte e.V. bei der Finanzierung von Schnelltest an.

#### **Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Personalkosten für die Aids-Hilfe Potsdam e. V. im Rahmen der Förderung der freien Träger und Selbsthilfegruppen um 6.000,- € zu erhöhen und im Haushalt 2009 bereit zu stellen.

Für den Haushalt 2010 sind nach gemeinsamen Gesprächen zwischen dem Gesundheitsamt Potsdam, der Aids-Hilfe Potsdam e. V. und dem Katte e.V. ausreichende finanzielle Mittel für die Arbeit der beiden Vereine einzustellen. Grundlage der Gespräche sind die Sachberichte beide Vereine aus dem Jahr 2008.

Der Stadtverordnetenversammlung Potsdam ist über das Ergebnis der Gespräche im September 2009 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 2

*Der Antrag wird abgelehnt.*

**zu 4.2 Unabhängige Mieterbeschwerdestelle  
Vorlage: 09/SVV/0138**

Frau Schulze stellt den Antrag zur Diskussion und bittet um Beschlussfassung.

Frau Busch informiert, dass sich der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden ebenfalls mit dem vorliegenden Antrag befasst hat.

Sie macht darauf aufmerksam, dass der Mieterbund nur Mitglieder beraten darf. Aus ihrer Sicht besteht hier kein Handlungsbedarf. Sie bittet um Streichung des Mieterbundes aus dem Antragstext.

Herr Besancon merkt an, dass der Vermieter den Mieter nicht unterstützen wird, wenn dieser Probleme mit dem Mietvertrag hat.

Herr Böttche weist darauf hin, dass es Angelegenheit der beiden Vertragspartner ist, bestehende Probleme auszuräumen.

Er weist darauf hin, dass es in Potsdam sechs unabhängige Schiedsstellen gibt, an die man sich wenden könne.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit der städtischen Wohnungsgesellschaft PRO Potsdam, den in Potsdam ansässigen Wohnungsbaugenossenschaften sowie dem Mieterbund aufzunehmen mit dem Ziel der Einrichtung einer gemeinsamen Mieterbeschwerdestelle. Mieter sollen sich mit Problemen oder Beschwerden in Bezug zu ihrem Mietverhältnis und Wohnumfeld an diese Stelle wenden können. Vertreter von Mietern, Vermietern und Verwaltung sollen dort in gemeinsamer Arbeit nach Lösungen suchen. Den privaten Vermietern, die in Potsdam tätig sind, soll Gelegenheit gegeben werden, sich einem solchen System anzuschließen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Juni 2009 ein Zwischenbericht zum Stand der Gespräche zu geben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 4

*Der Antrag wird abgelehnt.*

**zu 4.3 Soziologische Befragung zum Wohnen  
Vorlage: 09/SVV/0139**

Herr Böttche informiert, dass beim Workshop „Wohnen in Potsdam“ am 18.03.2009 u.a. die Online-Befragung der Studenten beraten wurde.

Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen soll die Sach- und Fachkompetenz der Wohnungsunternehmen und der Verwaltung aufzunehmen.

Er macht deutlich, dass die Forderungen aus dem vorliegenden Antrag durch die

Verwaltung so nicht realisiert werden können und weist darauf hin, dass der zur Zeit zu erstellende Sozialbericht neben dem statistischen Teil den Schwerpunkt „Obdachlosigkeit“ beinhalten wird.

Herr Besancon betont, dass durch derartige Befragungen konkrete Bedarfe ermittelt werden könnten auf deren Grundlage man dann auch gezielt reagieren und die Vorhaben anlegen könne.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass gemäß vorliegendem Antrag eine Befragung aller 15- bis 30jährigen erfolgen soll. Hier liegen die Bedarfe sehr weit auseinander.

Sie könne sich vorstellen, dass hier eine Strukturierung erfolgt.

Herr Nickel bittet darum, dass die Diskussion beendet und über den Antrag abgestimmt wird.

Er macht deutlich, dass dies personell und finanziell durch die Verwaltung nicht leistbar ist.

Herr Naber weist darauf hin, dass eine umfassende Befragung z.B. auch der 15jährigen Erkenntnisse bringt, die dann aber keine Anwendung finden. Ebenso ist die Langlebigkeit von Erkenntnissen aus einer solchen Befragung seines Erachtens nach nicht länger als 2 Jahre. Er macht auch deutlich, dass es bereits jetzt Erkenntnisse gibt, dass geeigneter Wohnraum fehlt. Diese Situation wird durch eine Befragung nicht geändert. Er fragt nach den Kosten einer solchen Befragung.

Frau Judacz betont, dass der Sinn einer Befragung klar sein muss.

Herr Besancon findet die Bedarfserhebung wichtig, da man seiner Meinung nach aus Ergebnissen von Befragungen einen Trend ableiten könne.

Herr Häschel schlägt vor, speziell die Träger anzufragen, die auch Wohnungsvermittlungen vornehmen.

Frau Schulze macht deutlich, dass dies nicht das Ansinnen des Antrages ist. Sie verweist darauf, dass im Zusammenhang mit der Erstellung des Sozialberichtes der sich mit der Thematik „Obdachlosigkeit“ befassen wird, ja auch die Wohnungsproblematik verbinden lässt. Sie ändert den Termin für die Vorlage des Entwurfs des Fragebogens in der StVV auf Juni 2009.

Herr Nickel bittet zu prüfen, wer die Informationen benötigt, wer die Befragung durchführen soll und wer dies finanziert.

Frau Müller informiert den Ausschuss, dass sich die Kosten einer Befragung auf ca. 30.000,- € betragen würden. Dies wurde bereits im Zusammenhang mit dem bereits abgelehnten Antrag benannt. Die Kosten müssten aus dem städtischen Haushalt aufgebracht werden.

Herr Naber erklärt, dass bei einer solch hohen Summe und dem zu erwartenden Ergebnis, er diesen Antrag nicht unterstützen kann.

#### **Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Rahmen der Erstellung des Sozialberichtes 2009 eine umfassende soziologische Befragung aller Einwohnerinnen

und Einwohner der Landeshauptstadt Potsdam im Alter von 15-30 Jahren zum Thema „Wohnen“ durchzuführen.

Die Befragung soll zum Ziel haben, detaillierte Informationen über die Wohnsituation von Jugendlichen und jungen Menschen zu erhalten. Dabei soll auch die Zufriedenheit mit der persönlichen Wohnsituation, dem Potsdamer Wohnungsmarkt insgesamt und spezifische Anforderungen an den Wohnungsmarkt erfragt werden.

Zur Vorbereitung und Durchführung der Befragung soll eine Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen Potsdams angestrebt werden.

Zur Minimierung der Kosten kann z. B. die Form der Online-Befragung genutzt werden.

Der Entwurf des Fragebogens ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im **Juni** 2009 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 2

*Der Antrag wird abgelehnt.*

**zu 5 Nutzungsgebühr für das Potsdamer Frauenhaus  
Vorlage: 09/SVV/0142**

*Die Drucksache wird durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.*

**zu 6 Sonstiges**

Herr Bewer bedankt sich für die Aufnahme des Behindertenbeirates in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und verabschiedet sich als Vorsitzender des Behindertenbeirates.

Er informiert, dass am 28.04.2009 die Wahl des neuen Behindertenbeirates erfolgt.

Herr Häschel informiert über eine durch das MASGF organisierte Tagung an der Vertreter von 11 Städten aus Brandenburg teilgenommen haben, die sich der Erklärung von Barcelona angeschlossen haben. Thema der Tagung war: „Barrierefreiheit in den Städten“. Es gab einen intensiven Austausch zum derzeitigen Stand und sowie der Weiterentwicklung.

Es sind regelmäßige Treffen geplant, die zweimal im Jahr stattfinden sollen. Die nächste Zusammenkunft wird es Ende 2009 geben.

In diesem Zusammenhang weist er auf den Pflasterworkshop hin, der am kommenden Samstag stattfindet. Er selbst wird zu diesem Workshop einen Vortrag zu Barrierefreiheit halten.

Frau Dencker fragt, ob es möglich wäre, die Ausschusssitzung im Mai 2009 im Obdachlosenheim der AWO durchzuführen.

Frau Schulze schlägt vor, vorbehaltlich der Zustimmung des Trägers, die Junisitzung 2009 im Obdachlosenheim durchzuführen.

Frau Judacz informiert, dass am 06.05.2009 von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr auf dem Luisenplatz das jährliche Straßenfest von und für Menschen mit und ohne

Behinderung stattfindet.

Frau Schulze weist auf die Fachtagung des Netzwerkes „Gesunde Kinder und Familien“ am 14.05.2009 von 11:00 Uhr bis 16:00 Uhr hin.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
19. Mai 2009; 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses**

**Jana Schulze  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**